Ausgabe 3 Februar 2014

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

eines steht außer Frage: Die letzte Sitzungswoche war keine einfache Woche für die deutsche Bundespolitik. Der Fall Edathy hat uns alle bestürzt. Aber nicht nur die Verfehlungen des ehemaligen Bundestagsabgeordneten führten zu Unruhe. Auch die Reaktionen anderer Spitzenpolitiker, die mit dem Fall zu tun hatten, sorgten für Wirbel. Besonders folgenreich war dabei der Rücktritt von Hans-Peter Friedrich. Als Innenminister konnte er sich im Fall Edathy nur falsch entscheiden. Jede Option hätte ihm enorme Kritik aus den Medien und der Politik eingebracht. Der einzig positive Aspekt an der Affäre ist, dass der Kampf gegen Kinderpornographie wieder auf die Tagesordnung gekommen ist.

Umwelt- und gesundheitspolitisch sorgte die Debatte um die Einführung von Gen-Mais für Zündstoff. Einem Antrag der Grünen konnte die SPD im Hinblick auf unsere Koalitionsverantwortung nicht zustimmen. Gemeinsam mit 71 weiteren SPD-Bundestagsabgeordneten aber habe ich meine Ablehnung von Gen-Mais in einer persönlichen Erklärung bekräftigt.

Letzten Freitag habe ich in der Debatte zur Finanzierung der stationären Psychiatrie meine erste Rede im Plenum gehalten. Ein Video von der Rede ist auf meiner Homepage zu finden.

Ich wünsche Ihnen und Euch allen eine schöne Faschingszeit und freue mich darauf, den einen oder die andere auf einer Faschingsveranstaltung im Landkreis zu treffen.

Ihre/Eure

PEPP Vergütungssystem mit Reformbedarf

Am vergangenen Freitag habe ich meine erste Rede im Plenum des Deutschen Bundestags zum Pauschalierenden Entgeltsystem Psychiatrie und Psychosomatik, kurz PEPP, gehalten.

Das Vergütungssystem PEPP in der stationären Psychiatrie und Psychosomatik wurde unter schwarz-gelb eingeführt und befindet sich derzeit in der Erprobungsphase. Im Koalitionsvertrag haben wir festgelegt, dass es systematisch verändert werden muss. Mittlerweile müssen fast die Hälfte aller Frührentnerinnen und Frührentner wegen einer psychischen Erkrankung den Arbeitsmarkt vorzeitig verlassen. Im Durchschnitt sind sie zu dem Zeitpunkt erst 49 Jahre alt. Für jeden einzelnen ist das eine persönliche Katastrophe, die zudem enorme Kosten für die Gesellschaft mit sich bringt.

Diese Patientinnen und Patienten brauchen einen besseren Zugang zu Angeboten der psychiatrischen Behandlung— Angebote, die vor Ort vorhanden sind und die die einzelne Person in den Mittelpunkt stellen.

Derzeit beobachten wir, dass das PEPP an vielen Stellen falsche Anreize schafft.

Angebote vor Ort können besser aufeinander abgestimmt werden. Ambulante und stationäre Einrichtungen müssen besser zusammenarbeiten und der Rehabilitationsaspekt in den Vordergrund rücken.

Besuch des Gesundheitsministers Hermann Gröhe in der AG Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion

Gröhe stellt Fahrplan seines Ministeriums für die laufende Legislaturperiode vor

In guter Arbeitsatmosphäre sprach der Bundesminister mit den Fachpolitikern unserer Fraktion über die Umsetzung des Koalitionsvertrages.

Noch in diesem Jahr soll das Präventionsgesetz verabschiedet werden. Die Gesundheitsförderung und Vorbeugung von Krankheiten soll vor allem in Kitas, Schulen, Betrieben und Pflegeheimen vorangebracht werden.

Weiterhin soll die Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen reformiert werden. Der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenkasse, der zur Hälfte vom Arbeitgeber und zur anderen Hälfte vom Arbeitnehmer kommt, wird für diese Legislaturperiode bei 14,6 Prozent festgesetzt. Der bisher von den Arbeitnehmern allein getragene Zusatzbeitrag von 0,9% wird abgeschafft. Zukünftig können die Kassen bei Bedarf eigene Zusatzbeiträge von den Versicherten verlangen. Diese Maßnahme soll zu mehr Wettbewerb unter den Kassen beitragen.

Bei der Reform der Pflegeversicherung stehen zwei Vorhaben im Vordergrund: Bis Mitte des Jahres soll ein erster Gesetzentwurf zur Anhebung des Beitragssatzes stehen. Ab Januar 2015 wird der Beitragssatz um 0,3% erhöht. Zwei Drittel der Erhöhung fließen in Leistungsverbesserungen, ein Drittel wird für den Aufbau eines Pflegevorsorgefonds verwendet.

Ein weiteres Thema war die Berufshaftpflichtversicherung für freiberufliche Hebammen. Für sie wird es immer schwieriger sich zu versichern. Immer mehr Versicherungen ziehen sich aus dem Bereich zurück. Das liegt nicht daran, dass mehr Unfälle geschehen, sondern, dass im Versicherungsfall immer höhere Schadensersatzforderungen gezahlt werden müssen.

An einer Lösung des Problems wird intensiv gearbeitet.

Schulobst EU erhöht Förderung

Das Schulobstprogramm der Europäischen Union soll die Gesundheit der Schulkinder fördern und dazu beitragen, dass die Kinder lernen sich gesund zu ernähren.

Künftig will die EU 75% statt wie bisher 50% des Programmes finanzieren. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist verantwortlich, das Schulobstprogramm umzusetzen.

Der Deutsche Bundestag hat letzte Woche ein Gesetz beschlossen, das den Bundesländern ermöglicht, bereits im Schuljahr 2014/15 von der höheren Förderung durch die EU zu profitieren.

Gen-Mais

SPD-Fraktion lehnt Einführung ab

In der Frage der Zulassung der Gen-Mais Sorte 1507 ist die Bundesregierung gespalten. Während sich die SPD-Minister (Wirtschaft und Umwelt, Justiz) und der CSU-Minister (Landwirtschaft) gegen die Zulassung von Gen-Mais aussprachen, stimmten die CDU-geführten Ministerien (Forschung, Gesundheit) sowie die Bundeskanzlerin für eine Einführung. Deswegen enthielt sich die Bundesregierung bei der EU-Entscheidung.

Im Koalitionsvertrag haben wir festgeschrieben, dass wir die „Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber der Grünen Gentechnik anerkennen", mehr als 80% der Bevölkerung in Deutschland will keine gentechnisch veränderten Pflanzen. Die CDU und die Kanzlerin sollten diese

Bedenken der Bevölkerung ernst nehmen.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar, dass genetisch manipulierte Pflanzen weiterhin nicht in Deutschland zugelassen und angebaut werden sollen.

Preise

für Arzneimittel stabil halten

Preisanstieg für Arzneimittel um zwei Milliarden Euro begrenzt

Die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung für Arzneimittel sind in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen. Durch ein Preismoratorium und einen gesetzlich festgeschriebenen Herstellerrabatt für Krankenkassen wurden die Preissteigerungen bereits erfolgreich begrenzt. In diesem Jahr würde der Preisanstieg ohne diese beiden Maßnahmen bei rund zwei Milliarden Euro liegen.

Die Koalitionsfraktionen haben jetzt ein Gesetz verabschiedet, das die Krankenkassen weiterhin von Preissteigerungen der Pharmahersteller entlasten soll.

Der Gesetzentwurf sieht zwei Regelungen vor:

1. Das Preismoratorium wird bis 2017 verlängert.

2. Der allgemeine Herstellerrabatt wird von 6% auf 7% erhöht.

Der zwischenzeitlich geltende erhöhte Rabatt von 16% wurde auf Grund der guten Finanzlage der Krankenkassen zurückgenommen, bei Bedarf kann der Rabatt jedoch wieder erhöht werden.

Bestechung von Abgeordneten wird strafbar

Korruption schadet der Demokratie

Die Erhöhung der Diäten für Bundestagsabgeordnete soll die Unabhängigkeit und Unbestechlichkeit der Abgeordneten garantieren. Umso wichtiger ist es, diejenigen zu bestrafen, die sich bestechen lassen oder die andere bestechen.

Die Tätigkeit eines Abgeordneten ist nach Ansicht einer unabhängigen Kommission am ehesten mit der von Richtern an obersten Bundesgerichten vergleichbar. Die Abgeordnetenentschädigung orientiert sich daher zukünftig an der Besoldung von Bundesrichtern (R 6).

Endlich stimmte auch die Union der überfälligen Neuregelung zur Abgeordnetenbestechung zu.

Bisher war nur der Stimmenkauf und Stimmenverkauf strafbar, dem Europarat und den Vereinten Nationen waren diese Regeln schon lange nicht streng genug. Nach dem jetzt verabschiedeten Gesetz wird jeder bestraft, der ungerechtfertigte Vorteile für eine Gegenleistung anbietet oder entgegennimmt.

Kampf gegen Kinderpornographie

Der Deutsche Bundestag will die Gesetze gegen Kinderpornographie verschärfen

Vor dem Hintergrund der Vorgänge um den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy hat der Deutsche Bundestag am vergangenen Mittwoch beraten, welche Konsequenzen im Hinblick auf die Bestrafung von Kinderpornographie zu ziehen sind.

Es kann nicht länger sein, dass es legal ist, Bilder von nackten Kindern zu beschaffen, auch wenn sie nicht eindeutig pornographisch sind.

Mit Bildern von nackten Kindern und Jugendlichen dürfen keine Geschäfte gemacht werden. Dazu müssen die Grenzen schärfer gezogen werden, um die Rechte des Kindes in vollem Umfang zu schützen.

Morgenandacht im Deutschen Bundestag

Bevor um 9 Uhr der Sitzungstag im Deutschen Bundestag beginnt, feiern Christinnen und Christen an Donnerstagen und Freitagen gemeinsame Morgenandachten. Das Gebet bietet den Abgeordneten und Mitarbeitern einen Raum zur Meditation und inneren Einkehr vor den langen und hektischen Sitzungstagen. Ich wurde von der Hausgemeinde gebeten, eine Andacht in dieser Woche zu halten. In meiner Predigt bin ich vom Wochenspruch aus Daniels Bußgebet ausgegangen.

Den Andachtsraum im Reichstagsgebäude finde ich immer wieder aufs Neue beeindruckend. Er wurde vom Düsseldorfer Künstler Günther Uecker als überkonfessioneller Ort der Besinnung und Meditation konzipiert.

Termine 24. März 2014—9.März 2014

Mittwoch, 26. Februar 15:00 Uhr
Gespräch Bundesverband mittelständische Wirtschaft
16:00 Uhr
Gespräch SOS Kinder– und Jugendhilfen

Donnerstag, 27. Februar 10:00
Gespräch Schulkassen der Geschwister-Scholl– Realschule Süßen

Freitag, 28. Februar 18:00
Vernissage „Türkei Menschenlandschaften“ im Rathaus Göppingen
Sonntag, 2. März 12:30
Fasnetsumzug Donzdorf

Mittwoch, 5. März 11:00
Politischer Aschermittwoch
Forum am Schlosspark, Ludwigsburg

Bürgerbüro

Grabenstraße 20
73033 Göppingen

Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 988 36 44

info@heike-baehrens.de

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159

heike.baehrens@bundestag.de

www.heike-baehrens.de
www.facebook.com/heike.baehrens